

Der Senator für Inneres

Bremen, den 3. August 2017

Bearbeiter: Herr Roth

Tel: 361-9003

Vorlage-Nr. 19/141

TOP 05 – ANLAGE

Beiratsbeschlüsse

Polizeistrukturereform 2600

- Überblick -

Ortsamt Oberneuland



Ortsamt Oberneuland, Mühlenfeldstraße 16, 28355 Bremen

An den
Senator für Inneres

Nachrichtlich:

- Polizeipräsident
- PI-Leitung Ost
- Revierleitung Horn

Auskunft erteilt
Jens Knudtsen

T (04 21) 3 61 11854
F (04 21) 4 96 11854

E-mail:
office@oaoberneuland.bremen.de

Datum und Zeichen
Ihres Schreibens

Mein Zeichen
(bitte bei Antwort angeben)

Bremen, 10. April 2017

Beiratsbeschluss zur Polizeistrukturereform 2600

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der gemeinsamen Sitzung der Beiräte Borgfeld, Horn-Lehe und Oberneuland am 06.04.2017 hat der Beirat Oberneuland zur Polizeireform 2600 einstimmig den nachfolgenden Beschluss gefasst, den ich Ihnen mit der Bitte um Kenntnissnahme und weitere Veranlassung übersende.

Mit freundlichem Gruß

gez.

Knudtsen
Ortsamtsleiter

Beiratsbeschluss

Das Polizeirevier an der Lilienthaler Heerstraße ist einer der jüngsten und modernsten Standorte der Polizei Bremen und leistet mit seiner Zuständigkeit für insgesamt sechs Grundschulen, vier Oberschulen, drei Jugendhäusern, einer Vielzahl von Seniorenresidenzen sowie diversen Betreuungseinrichtungen für Flüchtlinge in präventiver wie repressiver Hinsicht einen unverzichtbaren Beitrag zur inneren Sicherheit in den Stadtteilen Horn-Lehe, Oberneuland und Borgfeld. Das erst in 2013 neu eröffnete Revier ist innerhalb seines flächen- wie einwohnermäßig überproportional großen Einzugsbereiches verkehrlich optimal angebunden. Der polizeiliche Alltag dieses Reviers ist von der Aufnahme von Strafanzeigen über die Entgegennahme von Fundsachen, Beratungs- und Präventionsarbeit zur Vermeidung von Kriminalität, Fahrradregistrierungen, Hilfe bei familiären Problemsituationen, engen Kontakten zu den Schulen, der Ahndung von nachbarschaftlichen Konflikten wie Ruhestörung bis hin zur unbürokratischen Klärung örtlicher Verkehrsfragen gekennzeichnet. Darüber hinaus beteiligt sich ein eigener Streifenwagen mit ortskundigen Beamten an den 110-Notrufeinsätzen im Revierbereich. Für die Bürgerinnen und Bürger ist die schnelle und kompetente Reaktion durch die Polizei maßgebend. Nur wenn Beamte schnell vor Ort sind, kann die Sicherheit der Menschen gewährleistet werden. Mit der Umsetzung des Reformvorhabens 2600 in der Fläche ist zu befürchten, dass wertvolle Ortskunde und Erfahrung in den einzelnen Ortsamtsbereichen durch die Konzentration der Polizeiarbeit in wenigen Polizeikommissariaten verloren gehen könnten.

Die Menschen im Bremer Nordosten brauchen aufgrund seit Jahren kontinuierlich ansteigender Anforderungen jedoch nicht weniger, sondern ein Mehr an lokaler Polizeistruktur vor Ort. Vor diesem Hintergrund wurden bereits im Jahr 2016 mehrere Beiratsbeschlüsse gefasst, die einen Erhalt des Polizeireviers als Teilintegrationsrevier bei gleichzeitiger Aufstockung des Personals forderten, eine Nachbesetzung bei den KOP-Stellen verlangten und einen eigenen Streifenwagen mit ortskundigen Beamtinnen und Beamten am Revier erwarteten. Auch das Serviceangebot mit der Möglichkeit der Anzeigenaufnahme sollte aufrechterhalten werden.

„Mit mir wird es keine Revierschließungen geben, weder vor der Wahl noch nach der Wahl“ – so hat sich der amtierende Senator für Inneres, Herr Mäurer, vor fast genau 7 Jahren geäußert. Darauf haben die Bürgerinnen und Bürger in Horn-Lehe, Oberneuland und Borgfeld vertraut.

Zwar soll nach den vorgelegten Reformplänen das Revier Horn als Revier erhalten bleiben, jedoch mit deutlich reduzierter personeller Ausstattung. Da bereits seit über einem Jahr der Polizeiaußenposten in Oberneuland verwaist ist, befürchten die drei Beiräte, dass das Reformvorhaben perspektivisch darauf ausgerichtet ist, die Anzahl der Revierstandorte in der Stadtgemeinde Bremen sukzessive weiter zu reduzieren. Wertvolle Ortskunde und Erfahrung in den einzelnen Ortsamtsbereichen gingen damit verloren.

Die Regierungskoalition hat als Ziel für die Wahlperiode 2015 bis 2019 zum Thema „Bürgernahe Polizeiarbeit“ beschlossen, dass die Menschen in Bremen und Bremerhaven sicher sein und sich sicher fühlen sollen. Sie hat weiter beschlossen, dass die zukünftige Polizeiarbeit auf 3 Säulen ruht - eine zentrale Polizeidirektion, in der Aufgaben wie Personal, Finanzen, Ausbildung oder auch der IT-Bereich gebündelt sind, eine Direktion Einsatz für den gesamten Bereich Gefahrenabwehr, welche den Einsatzdienst, die Sonderlagen und die Regionale Polizeiarbeit umfasst und schließlich die Direktion Kriminalpolizei für die Bereiche Ermittlung und Strafverfolgung.

Die Beiräte Horn-Lehe, Oberneuland und Borgfeld erkennen an, dass sich die Sicherheitslage und die Anforderungen an die Polizei verändert haben und daher die Notwendigkeit besteht, dass die Polizeistrukturen stets zeitgemäß weiterentwickelt werden müssen. Dabei kann auch eine personelle Zielzahl nicht unantastbar sein, sondern muss sich an den Bedarfen orientieren. Die drei Beiräte begrüßen, dass das Personal wenigstens auf 2.600 Stellen aufgestockt wird, auch wenn das kaum ausreichen wird, um die zusätzlichen Aufgaben zu bewältigen und das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung ausreichend zu befriedigen.

Sicherheit ist ein hohes Gut. Sicher zu sein und sich sicher zu fühlen sind wesentliche Faktoren der Lebens- und Standortqualität. Die Menschen in Horn-Lehe, Oberneuland und Borgfeld erwarten eine

leistungsstarke und bürgernahe Polizei. Die Polizei muss in Notfällen schnell am Einsatzort und für die Bürgerinnen und Bürger als Ansprechpartner verlässlich vor Ort sein.

Die Beiräte Horn-Lehe, Borgfeld und Oberneuland haben in der gemeinsamen Sitzung am 06.04.2017 die Ausführungen des Senators für Inneres und der Polizei Bremen zur Strukturreform 2600 zur Kenntnis genommen. Sofern an dieser Neuausrichtung der Polizei Bremen festgehalten werden soll, erwarten die von dieser Reform betroffenen Beiräte, dass über die nachfolgend aufgeführten Punkte ein politisches Einvernehmen mit dem Senator für Inneres erzielt wird:

1. Alle KOP-Stellen werden erhalten und zeitnah nachbesetzt,
2. Alle derzeitigen Standorte bleiben aufrechterhalten,
3. Die Verkehrssachbearbeitung ist auch weiterhin Aufgabe des örtlichen Polizeireviers,

Die Präsenz der Polizei vor Ort in den Stadtteilen und die Ansprechbarkeit zu festen Zeiten ist für die Bürger von besonderer Bedeutung.

4. Es wird sichergestellt, dass auch weiterhin zumindest zu bestimmten Zeitfenstern die Anzeigenaufgabe vor Ort möglich ist. Gleichzeitig ist sicherzustellen, dass an mindestens einem Werktag arbeitnehmerfreundliche Öffnungszeiten im Polizeirevier Horn vorgehalten werden. Das Angebot der Online-Wache soll ausgebaut werden.

Mit der für die Polizei wichtigen Bürgernähe hat die geplante Zentralisierung von Aufgaben nichts gemein. Es ist erforderlich, dass die Polizei in allen Dienststellen während der Öffnungszeiten zumindest bei telefonischer Voranmeldung Anzeigen aufnimmt, auch wenn diese danach zentral bearbeitet werden.

5. Die Abdeckung mit Fahrzeugen im 110-Prozess ist mindestens genauso gut wie zurzeit und die Fahrzeugbesatzungen verfügen über die notwendige Ortskenntnis,

Die drei Beiräte gehen davon aus, dass sich mindestens ein Streifenwagen mit ortskundigen Beamtinnen und Beamten außerhalb von 110-Einsätzen in den drei Stadtteilen bewegt. Im Falle eines Notrufs muss die Polizei innerhalb kürzester Zeit vor Ort sein.

6. Den Beiräten, den Vereinen und Einrichtungen der Stadtteile steht in Person der Revierleitung eine kompetente Ansprechperson für die Innere Sicherheit im Stadtteil zur Verfügung,
7. Es wird sichergestellt, dass die regionalen Schwerpunktkräfte den Stadtteilen auch verlässlich zur Verfügung stehen und nicht für zentrale Aufgaben abgezogen werden,
8. Dem Revier steht ein eigener Streifenwagen für Reviertätigkeiten zur Verfügung, der im Bedarfsfall auch im 110 Prozess unterstützen kann,
9. Die zentralen Einheiten der Polizei Bremen entfalten ebenfalls in Schwerpunktmaßnahmen besondere Aktivitäten z.B. zur Bekämpfung von Wohnungseinbruchsdiebstahl in Horn-Lehe, Oberneuland und Borgfeld,
10. Die unverzügliche Einführung eines flexiblen Terminvergabesystems über das ganze Stadtgebiet erfolgt, das auch die Lebenslagen Berufstätiger berücksichtigt,
11. Mit der geplanten Organisation muss zwingend eine spürbare Personalaufstockung bei der Polizei Bremen einhergehen, die sich an einer nachvollziehbaren Zielzahl orientiert. Der Senator für Inneres wird deshalb gebeten, in Abstimmung mit der Finanzsenatorin den tatsächlichen Personalbedarf für die Polizei Bremen zu ermitteln.

Dazu könnten auch Vergleiche mit Polizeien anderer vergleichbarer Großstädte Aufschluss geben. Ein diesbezügliches politisches Vorgehen des Senators für Inneres würde auch in anderen Beiratsbereichen auf breite Zustimmung stoßen.

Die drei Beiräte stehen an der Seite der Polizei. Sie werden sie nach Kräften in ihrem Bestreben unterstützen, die Sicherheitslage zu verbessern. Die geplante Organisation mag einen Beitrag dazu leisten. Politisch wünschen sich die drei Beiräte aber, dass dieses nicht zu Lasten des Sicherheitsgefühls der in den drei Beiratsbereichen lebenden Bevölkerung geschieht.

Beschluss des Beirates Walle

Polizeireform 2600

Der Stadtteilbeirat Walle unterstützt die Bemühungen des Senators für Inneres, mit der Polizeireform 2600 den neuen Anforderungen der Polizeiarbeit gerecht zu werden und hält es für eine zentrale Aufgabe die Polizeikräfte so zu organisieren, dass sie im Notfall innerhalb der vorgegebenen Zeit in allen Bereichen unseres Stadtteils präsent sein können. Auch die Zielsetzung der Reform, Polizeikräfte in möglichst großer Zahl auf die Straße zu bringen, findet unsere Unterstützung.

Dies muss auch für den 7. Waller Ortsteil Überseestadt als einer der größten städtebaulichen Entwicklungsprojekte Europas gelten. Mit seiner Größe von 288 ha und einer Einwohnerzahl von derzeit 1.500 Bewohnern und 12.000 Beschäftigten wird der Ortsteil in dem vorliegenden Papier zur Polizeireform nicht oder nur ungenügend berücksichtigt. Im Übrigen geht die Wirtschaftsförderung Bremen davon aus, dass in den nächsten Jahren die Einwohnerzahl auf 7.000 steigen wird und bis 2030 sogar auf 11.000 Einwohner. Der polizeiliche Bedarf muss in spätestens 3 Jahren überprüft werden.

In Zeiten hoher Sicherheitsanforderungen ist es außerdem ein sinnvoller Schritt, Verwaltungswege zu erleichtern. Die Möglichkeit, Anzeigen wie z.B. bei Fahrraddiebstählen auch online abgeben zu können, wird deshalb begrüßt.

Der Beirat Walle ist weiterhin der Überzeugung, dass Polizistinnen und Polizisten, die in den Revieren als KOPs tätig sind, wesentlich sind für das Sicherheitsgefühl der Menschen in den Stadtteilen. Im Zusammenhang damit danken wir den KOPs des Waller Reviers für ihre professionelle Arbeit vor Ort, auch wenn sie in letzter Zeit unter erschwerten Bedingungen stattgefunden hat.

Es ist ein völlig falsches Signal, die in der Bevölkerung hoch akzeptierte Arbeit der KOPs zu reduzieren bzw. reduziert zu lassen. Der Beirat Walle fordert deshalb den Senator für Inneres auf, das Waller Revier schon jetzt so auszustatten, dass die bürgernahe Polizeiarbeit durch die KOPs vollumfänglich erhalten bleibt und nicht erst in 2019 oder später. Umschichtungen innerhalb der Polizei müssen schon jetzt möglich sein.

Bremen, den 26.04.2017

(Zustimmung bei zwei Enthaltungen (12:0:2) anlässlich der öffentlichen Sitzung des Beirates Walle am 26.04.2017)

Ortsamt Blumenthal -
- Amtsleitung -



Freie
Hansestadt
Bremen

31

Ortsamt Blumenthal, Landrat-Christians-Str. 99a, 28779 Bremen

Auskunft erteilt:
Herr Nowack

Der Senator für Inneres
Contrescarpe 22/24
28203 Bremen

Tel.: 0421 / 361-7420
Fax: 0421 / 496-7420

e-mail:
joerg-peter.nowack
@oablumenthal.bremen.de

Datum und Zeichen
Ihres Schreibens

Mein Zeichen
(bitte bei Antworten angeben)
pn/hr 31_17

Bremen, 09.05.2017

Polizeireform 2600 – Veränderungen in Blumenthal Beschluss des Beirats Blumenthal vom 08.05.2017

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Beirat Blumenthal hat in öffentlicher Sitzung am 08.05.2017 folgenden Beschluss gefasst, den ich Ihnen mit der Bitte um Kenntnisnahme und Berücksichtigung übersende:

„Sicherheit ist ein hohes Gut. Sicher zu sein und sich sicher zu Fühlen sind wesentliche Faktoren der Lebens- und Standortqualität.

Die Menschen in Blumenthal erwarten daher zu Recht, eine leistungsstarke und bürgernahe Polizei. Die Polizei muss in Notfällen schnell am Einsatzort sein und für die Bürgerinnen und Bürger als Ansprechpartner verlässlich vor Ort zur Verfügung stehen. Hierbei müssen die besonderen geographischen und strukturellen Gegebenheiten in Blumenthal berücksichtigt werden.

Wir erkennen an, dass sich die Sicherheitslage und die Anforderungen an die Polizei verändert haben und daher die Notwendigkeit besteht, dass die Polizeistrukturen stets zeitgemäß weiterentwickelt werden müssen. Dabei kann auch eine personelle Zielzahl nicht unantastbar sein, sondern muss sich an den Bedarfen orientieren.

Vor diesem Hintergrund stimmt der Beirat Blumenthal der geplanten Reform unter der Maßgabe zu, dass...

- 1. alle bisherigen KOP-Stellen erhalten und zeitnah nachbesetzt werden,**
- 2. Die Gesamtzahl der KOP-Stellen für den Stadtteil bis zum Jahr 2020 auf mindestens sechs erhöht wird,**

Dienstgebäude / Eingang
Landrat-Christians-Str. 99a
28779 Bremen

 **Bus-Linie 90/91**
Haltestelle:
Blumenthal/Mark

Sprechzeiten
Mo. – Do.
09.00 – 15.00 Uhr
Fr. 09.00 – 13.00 Uhr
Oder nach Vereinbarung

Bankverbindungen
Bremer Landesbank
IBAN: DE27 2905 0000 1070 1150 00 BIC: BRLADE22XXX
Sparkasse Bremen
IBAN: DE73 2905 0101 0001 0906 53 BIC: SBREDE22
Deutsche Bundesbank, Filiale Hannover
IBAN: DE16 2500 0000 0025 0015 30 BIC: MARKDEF1250

Dienstleistungen und Informationen der Verwaltung unter Tel. (0421) 361-0
www.transparenz.bremen.de, www.service.bremen.de

3. alle derzeitigen Standorte im Stadtteil aufrechterhalten bleiben und das Polizeirevier vom sanierungsbedürftigen Heidbleek ins zentral gelegene Rathaus verlegt wird,
4. die Verkehrssachbearbeitung auch weiterhin Aufgabe des örtlichen Polizeireviers ist,
5. es sichergestellt wird, dass auch weiterhin zumindest zu bestimmten Zeitfenstern die Anzeigenaufgabe vor Ort möglich ist und die Angebote der Online-Wache ausgebaut werden.
6. die Abdeckung mit Fahrzeugen im „110-Prozess“ (Streifenwagen im Stadtteil) mindestens genauso gut ist wie zurzeit und die Fahrzeugbesatzungen über die notwendige Ort- und Milieukenntnisse verfügen,
7. den Beiräten und den Vereinen und Einrichtungen in Person des Revierleiters ein kompetenter Ansprechpartner für die Innere Sicherheit im Stadtteil zur Verfügung steht,
8. sichergestellt wird, dass die regionalen Schwerpunktkräfte den Stadtteilen auch verlässlich zur Verfügung stehen und nicht für zentrale Aufgaben abgezogen werden,
9. dem Revier ein eigener Streifenwagen für Reviertätigkeiten zur Verfügung steht, der im Bedarfsfall auch im 110-Prozess unterstützen kann,
10. die zentralen Einheiten der Polizei Bremen ebenfalls in Schwerpunktmaßnahmen besondere Aktivitäten z.B. zur Bekämpfung von Wohnungseinbruchsdiebstahl in Blumenthal entfalten. Dies kann auch durch räumliche Ansiedlung in Blumenthal geschehen.
11. die unverzügliche Einführung eines flexiblen Terminvergabesystems über das ganze Stadtgebiet erfolgt, das auch die Lebenslagen Berufstätiger berücksichtigt.

Von den Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft fordert der Beirat Blumenthal, dass bereits jetzt die Weichen dafür gestellt werden, dass eine weitere Aufstockung der Bremer Polizei auf 2900 Vollzeitstellen ab dem Jahr 2020 realisiert werden kann.

Dies gilt insbesondere auch deshalb, damit der Polizeiberuf weiterhin und verstärkt ein attraktives Angebot für Frauen ist. Wenn heute Polizistinnen wegen Schwangerschaft nicht mehr eingesetzt werden können und Mütter oder Väter sich im Erziehungsurlaub um Familie kümmern, führt dies zu Schwächung des einsetzbaren Personals. Allein die Geschlechtergerechtigkeit verlangt eine Erhöhung der Personalzahlen.“

Für Rückfragen stehe ich gern zur Verfügung.

Zusätzlich bitte ich darum, gemäß den Bestimmungen des Bremischen Informationsfreiheitsgesetzes zu prüfen, ob Ihre Antwort auf diesen Beiratsbeschluss auf der Internetseite unseres Ortsamtes veröffentlicht werden darf und um entsprechende Mitteilung.

Mit freundlichen Grüßen


Nowack
Ortsamtsleiter

Bremen, 10.05.2017

B e s c h l u s s

des Beirates Obervieland vom 09. Mai 2017

Polizeireform 2600

Sicherheit ist ein hohes Gut. Sicher zu sein und sich sicher zu fühlen sind wesentliche Faktoren der Lebens- und Standortqualität. Die Menschen in Obervieland erwarten daher zu Recht, eine leistungsstarke und bürgernahe Polizei. Die Polizei muss in Notfällen schnell am Einsatzort und für die Bürgerinnen und Bürger als Ansprechpartner verlässlich vor Ort sein. Der Beirat Obervieland erkennt an, dass sich die Sicherheitslage und die Anforderungen an die Polizei verändert haben und daher die Notwendigkeit besteht, dass die Polizeistrukturen stets zeitgemäß weiterentwickelt werden müssen.

Vor diesem Hintergrund stimmt der Beirat Obervieland der geplanten Reform unter folgender Maßgabe zu:

1. Die für das Revier Kattenturm veranschlagte Zielzahl von 6 KOP-Stellen (Vollzeit-Planstellen) wird kurzfristig hergestellt und bei Bedarf zeitlich überlappend nachbesetzt, um die für diese Aufgabe existenzielle Erfahrungsweitergabe zu gewährleisten. Der Beirat fordert die Ausweitung auf mind. 7 KOP-Stellen wegen der reformbedingten Aufgabenerweiterung.
2. Der Standort Kattenturm Mitte bleibt aufrechterhalten.
3. Die Verkehrssachbearbeitung (Vollzeitstelle) ist auch weiterhin Aufgabe des örtlichen Polizeireviers.
4. Sichergestellt wird, dass auch weiterhin zu bestimmten Zeitfenstern die Anzeigenaufnahme vor Ort möglich ist und die Angebote der Online-Wache ausgebaut werden.
5. Die Abdeckung mit Fahrzeugen im 110-Prozess bleibt mindestens genauso gut wie zurzeit und die Fahrzeugbesatzungen verfügen über die notwendige Ortskenntnis.
6. Dem Beirat, den Vereinen und Einrichtungen der Stadtteile stehen durch die Revierleitung kompetente Ansprechpartner für die Innere Sicherheit im Stadtteil zur Verfügung.
7. Es wird sichergestellt, dass die regionalen Schwerpunktkräfte den Stadtteilen auch verlässlich zur Verfügung stehen und nicht für zentrale Aufgaben abgezogen werden.

8. Dem Revier steht ein eigener Streifenwagen für Reviertätigkeiten zur Verfügung.
9. Die zentralen Einheiten der Polizei Bremen entfalten bedarfsorientiert in Schwerpunktmaßnahmen besondere Aktivitäten z.B. zur Bekämpfung von Wohnungseinbruch/Diebstahl in den vier Ortsteilen Obervielands.
10. Die unverzügliche Einführung eines flexiblen Terminvergabesystems erfolgt über das ganze Stadtgebiet, das auch die Lebenslagen Berufstätiger berücksichtigt.
11. Im Übrigen geht der Beirat Obervieland davon aus, dass besonders aufgrund der von der Polizei aufgezeigten Sicherheitslage die Zahl von 2600 Polizeibeamten nicht ausreichen wird. Der Beirat Obervieland fordert den Senator für Inneres auf, die Anzahl der Polizeibeamten durch stabile und ausreichende Ausbildung nach Erreichung von 2600 bei Bedarf aufzustocken.

Begründung:

Das Polizeirevier in Kattenturm ist verantwortlich für die Sicherheit des aus vier Ortsteilen (Kattenturm, Kattenesch, Arsten und Habenhausen) bestehenden Stadtteils Obervieland mit ca. 36000 Einwohnern.

Es leistet mit seiner Zuständigkeit für insgesamt 10 Schulen und Bildungseinrichtungen, 19 sozialen und kulturellen Einrichtungen, 13 Kindertagesheimen, -stätten und -gärten sowie mehreren Seniorenresidenzen und -einrichtungen, der zentralen Aufnahmestelle für Flüchtlinge und mehreren Übergangwohnheimen in präventiver wie repressiver Hinsicht einen unverzichtbaren Beitrag zur inneren Sicherheit in unserem Stadtteil.

Das Revier betreut unseren in vielfacher Hinsicht heterogenen Stadtteil von seinem Standort in Kattenturm-Mitte.

Mit der Umsetzung der „Polizeistrukturereform 2600“ in der Fläche ist zu befürchten, dass wertvolle Ortskunde und Erfahrung in den einzelnen Ortsamtsbereichen durch die Konzentration der Polizeiarbeit in wenigen Polizeikommissariaten verloren gehen könnten. Die Menschen in Obervieland brauchen aufgrund seit Jahren kontinuierlich ansteigender Anforderungen jedoch nicht weniger, sondern ein Mehr an lokaler Polizeistruktur vor Ort.

Grundsätzlich vertritt der Beirat Obervieland den Standpunkt: Die Umsetzung der Polizeistrukturereform darf auf Revierebene erst erfolgen, wenn die Zielzahl von 2600 Stellen erreicht ist.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitliche Zustimmung (10 Ja-, 2 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung)

gez. Radolla

Michael Radolla
(Ortsamtsleiter)

Ortsamt Burglesum • Oberreihe 2 • 28717 Bremen

Senator für Inneres
Herrn Senator Ulrich Mäurer

Polizei Bremen
Herrn Lutz Müller
Polizeipräsident

Per E-Mail

Auskunft erteilt
Frau Tietjen

T (04 21) 3 61 7101
F (04 21) 4 96 7101

E-Mail
sabine.tietjen@
oaburglesum.bremen.de

Internet:
www.ortsamt-
burglesum.bremen.de

Datum und Zeichen
Ihres Schreibens

Mein Zeichen
(bitte bei Antwort angeben)

Bremen, 10. Mai 2017

Vorstellung der Polizeireform 2600 und die Auswirkungen für Burglesum Beschluss des Beirates Burglesum vom 9 Mai 2017

Sehr geehrter Herr Senator Mäurer,
sehr geehrter Herr Müller,

der Beirat Burglesum hat sich gemeinsam mit Ihnen in seiner Sitzung am 9. Mai 2017 mit der oben genannten Thematik befasst. Nachfolgend übersende ich Ihnen hierzu einen Beschluss mit der Bitte um Berücksichtigung und Umsetzung.

Beschluss: (14 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen)

Der Beirat Burglesum nimmt die vom Senator für Inneres vorgestellte Polizeireform 2600 zur Kenntnis.

In Anlehnung an seinen Beschluss vom 15. November 2016 erwartet der Beirat Burglesum daher, dass über die nachfolgend aufgeführten Punkte ein politisches Einvernehmen mit dem Senator für Inneres erzielt wird:

1. *Durch die Strukturreform rücken die Kontaktpolizisten weiter in das Zentrum der lokalen Polizeiarbeit vor Ort und werden zukünftig noch intensiver im Stadtteil eingebunden sein. Damit soll eine bürgerfreundliche und bürgernahe Polizeiarbeit gerade in den Wohnquartieren und für die Schulen, Kindergärten und sonstigen sozialen Einrichtungen im Stadtteil gewährleistet bleibt, braucht der Stadtteil aufgrund seiner heterogenen Struktur in den einzelnen Ortsteilen und seiner Fläche (zuzüglich des Bremer Industrieparks) mindestens einen zusätzlichen Kontaktpolizisten, neben den bisherigen fünf Kontaktpolizisten und der Revierleitung.*

2. Der Kommunalpolitik, den Vereinen und Einrichtungen des Stadtteils steht in Person der Revierleitung eine kompetente Ansprechperson für die innere Sicherheit im Stadtteil zur Verfügung.
3. Die derzeitigen Polizei-Standorte in Lesum (Hindenburgstraße 32), in Burgdamm (Marßel) und in Burg-Grambke bleiben erhalten.
4. Dem Revier stehen die benötigten Streifenwagen für Reviertätigkeiten zur Verfügung.
5. Es wird sichergestellt, dass auch weiterhin zumindest zu bestimmten Zeitfenstern die Anzeigenaufgabe vor Ort möglich ist. Gleichzeitig ist sicherzustellen, dass an mindestens einem Werktag arbeitnehmerfreundliche Öffnungszeiten im Polizeirevier Lesum vorgehalten werden. Zudem ist das neue Angebot der Online-Wache auszubauen.
6. Es muss gewährleistet sein, dass die Beamtinnen und Beamten des Einsatzdienstes auch zukünftig über die notwendige Ortskenntnis im Stadtteil verfügen.
7. Zur angestrebten Verbesserung der Polizeipräsenz in den Stadtteilen gehört auch, dass mindestens ein Streifenwagen des Einsatzdienstes im Stadtteil kontinuierlich patrouilliert.
8. Es wird sichergestellt, dass die regionalen Schwerpunktkräfte den Stadtteilen auch verlässlich und gleichberechtigt zur Verfügung stehen und nicht für zentrale Aufgaben abgezogen werden.

Der Beirat begrüßt darüber hinaus die Anstrengungen der Polizei, unter der politischen Vorgabe „schnell, überlegen, zuverlässig“ und der Zielzahl von 2.600 Vollzeitstellen für die Polizei, eine Struktur für Bremen-Nord zu entwickeln, welche die Aspekte Schutz, Hilfe und Sicherheit sowie Bürgerkontakt, Beratung, Netzwerkarbeit in den Ortsteilen und Sicherstellung der Anzeigenaufnahme sowie die 24-stündige Ansprechbarkeit der Polizei an 365 Tagen im Jahr sicherstellen soll.

Der Beirat Burglesum fordert den Senator für Inneres auf, auch für die Übergangszeit bis zum Zeitpunkt des Erreichens der Zielzahl von 2.600 Vollzeitstellen im Jahr 2020 sicherzustellen, dass in Bremen-Nord alle durch die Strukturreform freigesetzten Stellen und das Personal im Bremen-Nord verbleiben.

In Sorge um die Innere Sicherheit in Bremen-Nord und von Fachleuten unterstützt, fordert der Beirat Burglesum die Bremische Bürgerschaft und die Senatorin für Finanzen gemeinsam mit dem Senator für Inneres auf, über den Zeitpunkt des vollen Wirksamwerdens der Polizeireform 2600 hinaus für das Kommissariat Bremen-Nord zusätzliche Personalkapazitäten im Umfang von 20 Vollzeitstellen zu schaffen, die dringend benötigt werden für

- die Verbesserung der Präsenz der Streifenwagen im Raum mit einem verbesserten Personalstandard als in der Reform 2600 vorgesehen,
- die Durchführung von eigenen Schwerpunktmaßnahmen der Kriminalitätskontrolle, Verkehrssicherheitsarbeit und Verstärkung auch der Präsenz in den Ortsteilen und Brennpunkten,
- die Bildung eines Schwerpunktteams für die Bekämpfung des Wohnungseinbruchsdiebstahls und für eine qualitativ gute und schnelle Serviceleistung für die Bevölkerung bei der Anzeigenaufnahme.

Zudem ist die Polizei technisch zeitgemäß auszustatten und von Verwaltungsarbeit zu entlasten. Darüber hinaus sind infrastrukturellen Voraussetzungen für eine moderne Polizeiarbeit zügig herzustellen.

Der Beirat Burglesum unterstützt darüber hinaus die Forderung des Senators für Inneres, dass es weitere Neueinstellungen bei der Polizei, über die Zielzahl 2.600 Vollzeitstellen hinaus, geben muss.

Deshalb muss der Senator für Inneres auf dem Hintergrund der Polizeireform 2600 und seiner Ankündigung jetzt dringend eine personelle Verstärkung der Polizei in Bremen-Nord sicherstellen. Entsprechend Haushaltsanmeldungen und Ausbildungskapazitäten sind von ihm zeitnah sicherzustellen. Die Senatorin für Finanzen wird aufgefordert die benötigten Haushaltsmittel verlässlich einzuplanen. Die Bremische Bürgerschaft wird aufgefordert, die notwendigen Maßnahmen für Personal, Ausrüstung und Infrastruktur zeitgerecht zu beschließen.

Begründung

Die vielseitigen Debatten um die jetzige Polizeistrukturereform haben deutlich gezeigt, dass die Polizei Bremen langfristig mehr Personal als die derzeit avisierten 2.600 Vollzeitstellen für eine, der aktuellen Sicherheitslage angemessene Polizeiarbeit benötigt.

Seit Jahren verfolgt der Senat der Freien Hansestadt Bremen einen Sanierungskurs. Bestimmte Entscheidungen zum Personalabbau in den verschiedensten Handlungsbereichen der öffentlichen Verwaltung auf staatlicher und kommunaler Ebene mögen -rein quantitativ betrachtet- ihre Plausibilität gehabt haben.

Aufgrund externer Entwicklungen wie Kriminalitätstourismus aus anderen Staaten heraus, der aus humanitären Gründen berechtigten Aufnahme von Schutzsuchenden u.a. aus Kriegsgebieten und einer Zunahme des Terrorismus sind inzwischen viele zusätzliche Gründe entstanden, die Polizeien in der Bundesrepublik Deutschland personell wie auch technisch zu verstärken und Rechtsgrundlagen für eine effektive Polizeiarbeit zugunsten der Sicherheit der Bürger zu schaffen. Dies trifft auch für die Freie Hansestadt Bremen zu und dies trifft damit auch für Bremen-Nord und das Beiratsgebiet Bremen-Burglesum zu.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen gerne jederzeit zur Verfügung.

Mit der Bitte um Antwort verbleibe ich

mit freundlichen Grüßen



Florian Boehlke
Ortsamtsleiter

Beschluss des Beirates Findorff

Polizeireform 2600

Vorbehaltlich der Einhaltung der folgenden Maßnahmen stimmt der Beirat Findorff der Polizeireform 2600 zu:

1. Alle KOP-Stellen bleiben erhalten bzw. die zugesagte Stärke von 5 KOPs wird kurzfristig umgesetzt.
2. Das Findorffer Polizeirevier wird auch zukünftig aufrecht erhalten und die Leitungsfunktion schnellstmöglich nachbesetzt.
3. Die Verkehrssachbearbeitung bleibt weiterhin Aufgabe der Findorffer Station.
4. Die Online-Wache wird weiter ausgebaut.
5. Die Abdeckung mit Einsatzfahrzeugen, die über den Notruf 110 verfügbar sind, wird mindestens genauso gut sein wie zurzeit. Die Fahrzeugbesatzungen verfügen über die notwendige Ortskenntnis.
6. Es wird sichergestellt, dass die regionalen Schwerpunktkräfte im Stadtteil auch verlässlich zur Verfügung stehen und nicht für zentrale Aufgaben abgezogen werden.
7. Es wird sichergestellt, dass der Findorffer Polizeistation ein eigener Streifenwagen für Reviertätigkeiten zur Verfügung steht und dieser im Bedarfsfall auch im 110-Prozess unterstützen kann.
8. Die zentralen Einheiten der Polizei Bremen entfalten in Schwerpunktmaßnahmen besondere Aktivitäten, z.B. zur Bekämpfung von Wohnungseinbruchsdiebstahl.
9. Für die Anzeigenaufnahme wird unverzüglich ein flexibles Terminvergabesystem über das ganze Stadtgebiet eingeführt, das auch die Lebenslagen Berufstätiger berücksichtigt.

Bremen, den 11.05.2017

(Zustimmung (einstimmig) anlässlich der Sitzung des Beirates Findorff am 11.05.2017)

Ortsamt Schwachhausen/ Vahr, Wilh.-Leuschner-Str. 27 a, 28329 Bremen

An den
Senator für Inneres
Herrn Ulrich Mäurer
Contrescarpe 22/24
28203 Bremen

Auskunft erteilt:
Frau Kahle

Zimmer 83

Tel. (0421) 361-18 031
Fax (0421) 496-18 031

E-Mail:
sarai.kahle@oaschwachhausen.bremen.de

Datum und Zeichen
Ihres Schreibens

Unser Zeichen
(bitte bei Antwort angeben)

17. Mai 2017

Beirat Vahr: Einstimmiger Beiratsbeschluss zur Polizeistrukturereform

Sehr geehrter Herr Senator Mäurer,

nach Auffassung des Beirats Vahr ist Sicherheit ein hohes Gut. Sicher zu sein und sich sicher zu fühlen, sind zwei wesentliche Faktoren der Lebens- und Standortqualität. Die Menschen in der Vahr erwarten daher eine leistungsstarke und bürgernahe Polizei. Die Polizei muss in Notfällen schnell am Einsatzort und für die Bürger/innen als Ansprechpartnerin verlässlich vor Ort sein. Der Beirat erkennt an, dass sich die Sicherheitslage und die Anforderungen an die Polizei verändert haben und daher die Notwendigkeit besteht, dass die Polizeistrukturen stets zeitgemäß weiterentwickelt werden müssen. Dabei kann auch eine personelle Ziel-Zahl nicht unantastbar sein, sondern muss sich an den Bedarfen vor Ort orientieren.

Vor diesem Hintergrund hat der Beirat Vahr auf seiner gestrigen Sitzung einstimmig der geplanten Reform unter den Maßgaben zugestimmt, dass

- alle fünf KOP-Stellen erhalten und zeitnah nachbesetzt werden,
- die Verkehrssachbearbeitung auch weiterhin Aufgabe des örtlichen Polizeireviers ist,
- es sichergestellt wird, dass auch bei Zentralisierung der Anzeigenaufgabe weiterhin zumindest zu bestimmten Zeitfenstern die Anzeigenaufgabe und die Bürgerberatung vor Ort möglich ist und die Angebote der Online-Wache ausgebaut werden,
- die Abdeckung mit Fahrzeugen im 110-Prozess gestärkt wird und die Fahrzeugbesetzungen über die notwendigen Orts- und Milieukenntnisse verfügen,

Eingang	Straßenbahnlinie 1	Sprechzeiten	Bankverbindung
Wilh.-Leuschner-Str. 27a, Block D	Wilh.-Leuschner-Str.	Mo.-Do. 9-15 Uhr	Sparkasse Bremen
28329 Bremen		Fr. 9-13.30 Uhr und	IBAN DE73 2905 0101 0001 0906 53
http://www.ortsamtschwachhausenvahr.bremen.de		nach Vereinbarung	BIC SBREDE22XXX

- den Beiräten und den Vereinen und Einrichtungen in Person der Revierleitung eine kompetente Ansprechpartnerin für die innere Sicherheit im Stadtteil zur Verfügung steht,
- sichergestellt wird, dass die regionalen Schwerpunktkräfte den Stadtteilen auch verlässlich zur Verfügung stehen und nicht für zentrale Aufgaben abgezogen werden; bei Personaleinstellungen sollen Schwerpunktkräfte wieder den Revieren zugeordnet werden,
- dem Revier ein eigener Streifenwagen für Reviertätigkeiten zur Verfügung steht, der im Bedarfsfall auch im 110-Prozess unterstützen kann,
- die zentralen Einheiten der Polizei Bremen ebenfalls in Schwerpunktmaßnahmen besondere Aktivitäten entfalten, z. B. zur Bekämpfung von Wohnungseinbruchsdiebstahl,
- auch zukünftig die wichtige Präventionsarbeit wie in der Vergangenheit z. B. der Verkehrssicherheitstag und der Kriminalitätssicherheitstag durch die Reviere geleistet werden kann und
- kontinuierlich die Ausbildung und Einstellung von Polizeibeamten/innen erfolgt.

Mit der Bitte um Berücksichtigung verbleibe ich mit freundlichen Grüßen



Dr. Karin Mathes
(Ortsamtsleiterin)



Ortsamt Vegesack, Gerhard-Rohlfis-Straße 62, 28757 Bremen

An den
Senator für Inneres
Herrn Senator Mäurer

Polizeidirektion Nord

Herrn
Polizeidirektor Jens Körber

Auskunft erteilt Frau Maren Zilm
Zimmer 1.3

Tel.: 0421 361-7230
Fax: 0421 496-7230

E-Mail:
office@oavegesack.bremen.de

Datum und Zeichen
Ihres Schreibens

Mein Zeichen
(bitte bei Antwort angeben)
Org.-Zeichen 10

Bremen, 12.05.2017

**Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Fraktion des Beirates Vegesack
Polizeireform 2600**

24. Sitzung des Beirates Vegesack am 11. Mai 2017

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Beirat Vegesack hat sich während seiner 24. Sitzung am 11. Mai 2017 mit dem gemeinsamen Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Fraktion SPD zum Thema Polizeireform 2600 befasst.

Nachfolgend sende ich Ihnen den mit 3 Enthaltungen einstimmig gefassten Beschluss mit der Bitte um Kenntnisnahme und weitere Veranlassung zu:

Der Beirat Vegesack nimmt die vom Senator für Inneres der Freien Hansestadt Bremen vorgestellte Polizeireform 2 600 zur Kenntnis.

Der Beirat begrüßt die Anstrengungen der Polizei, unter den politischen Vorgaben „schnell, überlegen, zuverlässig“ und der Zielzahl 2 600 Vollzeitstellen für die Polizei, eine Struktur für Bremen-Nord zu entwickeln, welche die Aspekte Schutz, Hilfe und Sicherheit sowie Bürgerkontakt, Beratung, Netzwerkarbeit in den Ortsteilen und Sicherstellung der Anzeigenaufnahme sowie die 24-stündige Ansprechbarkeit der Polizei an 365 Tagen im Jahr sicherstellen soll.

Der Beirat Vegesack fordert den Senator für Inneres auf, auch für die Übergangszeit bis zum Zeitpunkt des Erreichens der Zielzahl 2 600 Vollzeitstellen im Jahr 2020 sicherzustellen, dass in Bremen-Nord alle durch die Strukturreform freigesetzten Stellen und das Personal im Bremen-Nord verbleiben.

In Sorge um die Innere Sicherheit in Bremen-Nord und von Fachleuten unterstützt fordert der Beirat Vegesack den Senator für Inneres auf, über den Zeitpunkt des vollen Wirksamwerdens der Polizeireform 2 600 hinaus für das Kommissariat Bremen-Nord



Eingang,
Dienstgebäude
Stadthaus Vegesack
Gerhard-Rohlfis-Str. 62
28757 Bremen

Bus-Haltestelle
Gustav-Heinemann-
Bürgerhaus
Parkplatz Tiefgarage
Am Sedanplatz

Sprechzeiten
Mo. bis Do.
8.00 - 15.00 Uhr
Fr. 8.00 - 12.00 Uhr

Bankverbindungen
Bremer Landesbank (BLZ 290 500 00) Kto. 1070115000
Landeszentralbank (BLZ 290 000 00) Kto. 29001565
Sparkasse Bremen (BLZ 290 501 01) Kto. 1090653

zusätzliche Personalkapazitäten im Umfang von 20 Vollzeitstellen zu schaffen, die dringend benötigt werden für

- **die Verbesserung der Präsenz der Streifenwagen im Raum - mit einem verbesserten Personalstandard als in der Reform 2 600 vorgesehen,**
- **die Durchführung von eigenen Schwerpunktmaßnahmen der Kriminalitätskontrolle, Verkehrssicherheitsarbeit und Verstärkung auch der Präsenz in den Ortsteilen und Brennpunkten,**
- **die Bildung eines Schwerpunktteams für die Bekämpfung des Wohnungseinbruchsdiebstahls und für eine qualitativ gute und schnelle Serviceleistung für die Bevölkerung bei der Anzeigenaufnahme.**

Zudem ist die Polizei technisch zeitgemäß auszustatten und von Verwaltungsarbeit zu entlasten. Die infrastrukturellen Voraussetzungen für die Polizeireform 2 600 sind zügig herzustellen.

Mit freundlichen Grüßen



Heiko Dornstedt
Ortsamtsleiter

Antrag der Beiräte Strom und Seehausen

Polizeireform 2600

1. Die Beiräte danken den Beamtinnen und Beamten im Polizeirevier in Woltmershausen für ihre Arbeit für die Sicherheit in Strom und Seehausen und lehnen die geplante Polizeireform in der vorgelegten Fassung ab.
2. Der Beirat Strom und der Beirat Seehausen fordern den Senator für Inneres auf,
 - a) die geplante Polizeireform hinsichtlich ihres Dienstleistungsangebots und Personals in den Revieren zu überarbeiten und den 110-Notruf-Dienst weiterhin einzubinden, sowie das Erstellen von Anzeigen in allen Revieren zu ermöglichen,
 - b) die für die Reform notwendige personelle Ausstattung von über 2.600 Beamtinnen und Beamten vor Inkrafttreten der Reform sicherzustellen, sowie die Mittel für baulichen Veränderungen an den Revieren in den Haushalten 2018/2019 abzusichern.

Einstimmiger Beschluss der Beiräte Strom und Seehausen am 01.06.2017

Begründung:

Am 2. März 2017 hat der Innensenator in der Deputation für Inneres die Pläne für die geplante Polizeireform erläutert. Das Konzept zur Polizeireform sieht unter anderem vor, die Polizeiarbeit zukünftig vorwiegend auf sechs Kommissariate zu zentralisieren. Ausschließlich hier wird es dann möglich sein, Anzeigen zu erstatten. Die Polizeireviere in den Stadtteilen reduzieren dafür entsprechend ihr Dienstleistungsangebot (u.a. verkürzte Öffnungszeiten) und Personal. Das Papier geht bei den Planungen von 2.600 Beamtinnen und Beamten aus. Diese Zielzahl ist nach eigenen Angaben des Innensensors bei der Vorstellung des Konzeptes jedoch frühestens 2019/2020 realistisch.

Das Konzept ist zum jetzigen Zeitpunkt weder mit dem notwendigen Personal hinterlegt noch ist die Finanzierung abgesichert. Durch die Konzentration auf sechs Kommissariate gehen die Orts- und Milieukenntnisse der stadtteilteilkundigen Beamtinnen und Beamten verloren und führen zwangsläufig zu einem Kompetenzverlust.

Antrag der Beiräte Strom und Seehausen

Eine Vollzeitstelle für den Kontaktpolizisten in Strom und Seehausen

Die Übernahme der Beiratsbereiche Seehausen und Strom durch einen Kontaktpolizisten, der schon einen Bezirk betreut, hat sich nicht bewährt.

Im Gegenteil, Polizeipräsenz ist in Seehausen und Strom praktisch nicht mehr vorhanden. Dieser Zustand ist nicht hinnehmbar.

Der Spardruck im Innenressort darf nicht zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger in Strom und Seehausen gehen!

Nach der Schließung der Polizeiaußenstelle in Seehausen ist den Bewohnern im Niedervieland die Zusage gegeben worden, dass ein Kontaktpolizist diese Aufgabe dauerhaft übernehmen wird.

Dieses Modell möchten wir unter anderem wieder hergestellt wissen, da:

- die Sicherheit der Bürger und Bürgerinnen, sowie die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung gewährleistet sein muss, da dies zu den wesentlichen Faktoren der Lebens- und Standortqualität zählt, dazu gehört auch die Parkraum- und Verkehrsüberwachung
- im Falle eines Notrufs die Polizei innerhalb kürzester Zeit vor Ort sein muss
- sich das Aufgabengebiet durch das GVZ (Europas größtes Logistikzentrum) ständig erweitert und vergrößert hat
- er bei Wildunfällen die örtlichen Ansprechpartner kennt
- die Bürgersprechstunden wichtig sind
- er bei ausgebrochenem Vieh der Landwirte die örtlichen Gegebenheiten und Ansprechpartner kennt
- die Zusammenarbeit mit einem Kontaktpolizisten unbürokratisch und bürgernah funktioniert
- der Kindergarten und die zwei Grundschulen von ihm betreut werden
- er für die Prävention als Ansprechpartner vor Ort sehr wichtig ist.
- er im ständigen Kontakt mit den regionalen Autohändlern und Hotelbetreibern steht

Die Beiräte Strom und Seehausen fordern den Senator für Inneres auf:

Die Stelle des Kontaktpolizisten für Strom und Seehausen wieder als Vollzeitstelle zu besetzen.

Einstimmiger Beschluss der Beiräte Strom und Seehausen am 01.06.2017

Bremen, den 16.06.2017

Beschluss

**des Beirates Hemelingen vom 15.06.2017
„Polizeireform überarbeiten - Sicherheit nicht nur auf dem Papier“**

1. Der Beirat dankt den Beamtinnen und Beamten im Polizeirevier Hemelingen und der Polizeistation Arbergen / Mahndorf für ihre Arbeit für die Sicherheit im Stadtteil Hemelingen und lehnt die geplante Polizeireform in der vorgelegten Fassung ab.
- 2: Der Beirat fordert den Senator für Inneres auf,
 - a. alle KOP-Stellen zu erhalten und momentan freie Stellen zeitnah zu besetzen.
 - b. alle derzeitigen Standorte in Hemelingen aufrecht zu erhalten.
 - c. sicher zu stellen, dass auch weiterhin zumindest zu bestimmten Zeitfenstern, die Anzeigenaufgabe vor Ort möglich ist und die Angebote der Online Wache ausgebaut werden.
 - d. den Beiräten und den Vereinen und Einrichtungen in Person des Revierleiters einen kompetenten Ansprechpartner für die Innere Sicherheit im Stadtteil zur Verfügung zu stellen.
 - e. dem Revier einen eigenen Streifenwagen für Reviertätigkeiten mit personeller Ausstattung zur Verfügung zu stellen.
 - f. sicher zu stellen, dass die Abdeckung mit Fahrzeugen im 110-Prozess mindestens genauso gut ist wie zurzeit und die Fahrzeugbesatzungen über gute Hemelinger Ortskenntnis verfügen.“

- g. die für die Reform notwendige personelle Ausstattung von über 2.600 Beamtinnen und Beamten (Vollzeit) vor Inkrafttreten der Reform sicherzustellen, sowie die Mittel für baulichen Veränderungen an den Revieren in den Haushalten 2018/2019 abzusichern.


Abstimmungsergebnis: einstimmig

Mit freundlichen Grüßen



Jörn Hermening

Godehardstraße 19
2. Etage
28309 Bremen
Internet:
<http://www.ortsamt-hemelingen.de>

 Das Ortsamt ist
barrierefrei zu erreichen

Dienstleistungen und Informationen der
Verwaltung unter Tel.: (0421) 361-0.

www.transparenz.bremen.de

www.service.bremen.de

Haltestellen

Hemelinger Bahnhofstraße
(Buslinie 40 / 41)

Bahnhof Sebaldsbrück
Bahnhof Hemelingen



Ortsamt Mitte/Östliche Vorstadt, Am Dobben 91, 28203 Bremen

Auskunft erteilt
Frau Manuela Jagemann

T (04 21) 3 61 2008

F (04 21) 3 61 4221

e-Mail

office@oamitte.bremen.de

manuela.jagemann@oamitte.bremen.de

An den

Senator für Inneres

Senatorenbüro

Contrescarpe 22 / 24

28195 Bremen

DER SENATOR FÜR INNERES	
Eingang	06. JULI 2017
Vorgangsnummer	<input type="checkbox"/>
Kopie vorab per Mail	<input type="checkbox"/>
Frist	
Kenntnisnahme	<input checked="" type="checkbox"/>
Stellungnahme	<input type="checkbox"/>
Beantwortung vor <input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> Nach Abgang z.K.
Antwortentwurf SV <input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> S
sonstige Vorkehrung	<input type="checkbox"/>

Datum und Zeichen
Ihres Schreibens

Mein Zeichen
(bitte bei Antwort angeben)
Org.-Zeichen

Bremen, 03.07.2017

Bitte Kopie an Präsidialbüro sch.

Betreff: Zwei Beschlüsse der Beiräte Mitte und Östlicher Vorstadt;
hier: Polizeistrukturereform

*31-1 1.7.17
01.7.17
1.7.17*

Sehr geehrte Damen und Herren,

die geplante Polizeistrukturereform wurde den Beiräten Mitte und Östliche Vorstadt auf einer gemeinsamen Beiratssitzung am 13. Juni 2017 vorgestellt.

Die beiden Beiräte haben dazu jeweils einen eigenen Beschluss gefasst. Wir bitten um Weitergabe des Beschlusses an die zuständigen Stellen.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Manuela Jagemann

Anlagen

2 Beiratsbeschlüsse



Klingel
am Eingang

Dienstgebäude
Am Dobben 91
28203 Bremen

Straßenbahn 2/3/10
Haltestelle Sielwall

Besuchszeiten von 9 - 15 Uhr
Freitag von 9 - 13 Uhr
ansonsten nach Vereinbarung

Beschluss des Beirats Mitte vom 16. Juni 2017

zur

Polizeistrukturreform

Auf seiner Sitzung am 13. Juni wurde dem Beirat Mitte die geplante Polizeistrukturreform vorgestellt. Der Beirat begrüßt diesen Versuch der Polizeiführung mit Hilfe der Konzentration von Personal, Zentralisierung von Einsatzfahrzeugen, Aufgabenbündelung und – umverteilung sowie Einführung neuer Bearbeitungssysteme (z. B. Online-Wache) eine Effektivitätssteigerung zu erzielen und damit die angespannte Personalsituation zu entlasten.

Beschluss

Die mit der Polizeistrukturreform einhergehenden Effektivitätssteigerungen des Personaleinsatzes sollten keinesfalls zu einer Reduzierung derzeitiger polizeilicher Kapazitäten führen. Hierbei ist insbesondere an die Anzahl der Kontaktpolizisten (KoPs) in den Stadtteilen gedacht. Diese müssen für die Bereiche Bahnhof, Innenstadt und Viertel mindestens in ihrer jetzigen Personalstärke erhalten bleiben, um die Sicherheit und das Sicherheitsgefühl zu stärken. Die Nachbesetzung von vakanten Stellen sollte schnellstmöglich erfolgen. Auch die Einführung des Ordnungsdienstes darf keine Reduzierung polizeilicher Kapazitäten nach sich ziehen.

Bremen, den 13. Juni 2017

Der Beirat Mitte

Beschluss des Beirats Östliche Vorstadt vom 16. Juni 2017

zur

Polizeistrukturereform

Auf seiner Sitzung am 13. Juni wurde dem Beirat Östliche Vorstadt die geplante Polizeistrukturereform vorgestellt. Der Beirat begrüßt diesen Versuch der Polizeiführung mit Hilfe der Konzentration von Personal, Zentralisierung von Einsatzfahrzeugen, Aufgabenbündelung und – umverteilung sowie Einführung neuer Bearbeitungssysteme (z. B. Online-Wache) eine Effektivitätssteigerung zu erzielen und damit die angespannte Personalsituation zu entlasten.

Beschluss

1. Die mit der Polizeistrukturereform einhergehenden Effektivitätssteigerungen des Personaleinsatzes sollten keinesfalls zu einer Reduzierung derzeitiger polizeilicher Kapazitäten führen. Hierbei ist insbesondere an die Anzahl der Kontaktpolizisten (KoPs) in den Stadtteilen gedacht. Diese müssen für die Bereiche Bahnhof, Innenstadt und Viertel mindestens in ihrer jetzigen Personalstärke erhalten bleiben, um die Sicherheit und das Sicherheitsgefühl zu stärken. Die Nachbesetzung von vakanten Stellen sollte schnellstmöglich erfolgen. Auch die Einführung des Ordnungsdienstes darf keine Reduzierung polizeilicher Kapazitäten nach sich ziehen.
2. Der Beirat spricht sich für den Erhalt einer Präsenz für die Wache am Steintor aus; es sollte im Sinne der Bürgernähe grundsätzlich eine Möglichkeit der Anzeigenaufgabe für die Bürgerinnen und Bürger im Stadtteil erhalten bleiben. Die Ausgestaltung der Präsenzzeiten im Detail bleibt der Polizei vorbehalten.

5. Sitzung des Beirates Huchting am 19.06.2017

TOP 2 Polizeireform 2600

Beschlüsse:

Der Beirat Huchting nimmt die Pläne zur Polizeireform 2600 zur Kenntnis, unter der Maßgabe, dass:

1. die bestehenden 4 KOP-Stellen erhalten und zeitnah nachbesetzt werden sowie drei zuzügliche entstehen.
2. alle derzeitigen Standorte, aufrechterhalten bleiben.
3. die Verkehrssachbearbeitung auch weiterhin Aufgabe des örtlichen Polizeireviers ist.
4. es sichergestellt wird, dass auch weiterhin zumindest zu bestimmten Zeitfenstern die Anzeigenaufgabe vor Ort möglich ist und die Angebote der Online Wache ausgebaut werden.
5. die Abdeckung mit Fahrzeugen im 110-Prozess mindestens genauso gut ist wie zurzeit, die Fahrzeugbesatzungen über die notwendige Ortskenntnis verfügen und Huchting ein eigener Streifenwagen zur Verfügung steht, der im 110-Prozess mitwirkt.
6. den Beiräten und den Vereinen und Einrichtungen in Person des Revierleiters ein kompetenter Ansprechpartner für die innere Sicherheit im Stadtteil zur Verfügung steht.
7. sichergestellt wird, dass die regionalen Schwerpunktkräfte den Stadtteilen auch verlässlich zur Verfügung stehen und nicht für zentrale Aufgaben abgezogen werden.
8. dem Revier ein eigener Streifenwagen für Reviertätigkeiten zur Verfügung steht, der nicht dem 110 Prozess mitwirkt.
9. die zentralen Einheiten der Polizei Bremen ebenfalls in Schwerpunktmaßnahmen besondere Aktivitäten z.B. zur Bekämpfung von Wohnungseinbruchsdiebstahl in Huchting entfalten. Die Schwerpunktmaßnahmen sollen nach einem Jahr (in Art und Häufigkeit?) evaluiert werden.
10. die unverzügliche Einführung eines flexiblen Terminvergabesystems über das ganze Stadtgebiet, das auch die Lebenslagen Berufstätiger berücksichtigt, erfolgt.
11. überprüft wird, ob im Roland-Center die Einrichtung einer „mobilen Wache“ möglich wäre. Die Präsenzzeiten sind so zu regeln, dass sowohl ältere und/oder mobilitätseingeschränkte Menschen als auch Beschäftigte dieses Angebot mindestens einmal in der Woche annehmen können.


Schlesselmann
(Ortsamtsleiter)

B e s c h l u s s
des Beirates Woltmershausen
vom 19.06.2017

Polizeireform überarbeiten – Sicherheit nicht nur auf dem Papier

1. Der Beirat dankt den Beamtinnen und Beamten im Polizeirevier Woltmershausen für ihre Arbeit und die Sicherheit und lehnt die geplante Polizeireform in der vorgelegten Fassung ab.
2. Der Beirat fordert den Senator für Inneres auf,
 - a. das Polizeirevier Woltmershausen in der jetzigen Form bezüglich Personal und Ausstattung unverändert zu erhalten.
 - b. die für eine Reform notwendige personelle Ausstattung von über 2.600 Beamtinnen und Beamten vor Inkrafttreten einer Reform sicherzustellen, sowie die Mittel für baulichen Veränderungen an den Revieren in den Haushalten 2018/2019 abzusichern.
 - c. der Beirat fordert die Ausweitung auf mindestens 4 KOP-Stellen wegen der zunehmenden Aufgaben einschließlich des Schwerpunktes „ Autohandel “ und der Bereiche Seehausen, Strom und Hasenbüren.

Begründung:

Am 2. März 2017 hat der Innensenator in der Deputation für Inneres die Pläne für die geplante Polizeireform erläutert. Das Konzept zur Polizeireform sieht unter anderem vor, die Polizeiarbeit zukünftig vorwiegend auf sechs Kommissariate zu zentralisieren. Ausschließlich hier wird es dann möglich sein Anzeigen zu erstatten. Die Polizeireviere in den Stadtteilen reduzieren dafür entsprechend ihr Dienstleistungsangebot (u.a. verkürzte Öffnungszeiten) und Personal. Das Papier geht bei den Planungen von 2.600 Beamtinnen und Beamten aus. Diese Zielzahl ist nach eigenen Angaben des Innensensors bei der Vorstellung des Konzeptes jedoch frühestens 2019/2020 realistisch.

Das Konzept ist zum jetzigen Zeitpunkt weder mit dem notwendigen Personal hinterlegt noch ist die Finanzierung abgesichert. Durch die Konzentration auf sechs Kommissariate gehen die Orts- und Milieukenntnisse der stadtteilteilkundigen Beamtinnen und Beamten verloren und führen zwangsläufig zu einem Kompetenzverlust.

Bevor ein endgültiger Beschluss gefasst wird, soll den Beiräten die Reform und die damit einhergehenden Änderungen erläutert werden, denn diese hat maßgebliche Konsequenzen für alle Stadtteile.

(mehrheitlich mit 6 Ja- gegen 5 Nein-Stimmen beschlossen)



Annemarie Czichon
(Ortsamtsleiterin)

31-4
 5.12. 07.27/3

Gemeinsamer Beschluss der Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und die Linke im Beirat Osterholz

Die Polizeistation im Weserpark muss nach einmütiger Auffassung des Beirates Osterholz auch künftig erhalten bleiben.

1. Mit über 30.000 Besuchern täglich ist der Weserpark eines der größten Einkaufszentren in Norddeutschland, auf jeden Fall im Lande Bremen das größte. Vor gut einem Jahr wurde der Weserpark nämlich noch erheblich erweitert, so dass durch weitere Geschäfte sich noch mehr Besucher dort aufhalten.
2. Im Rahmen des Umbaus ist nicht nur von privater Seite eine Investition von 60 Millionen Euro umgesetzt worden, sondern auch die Polizeistation im Weserpark wurde für den Steuerzahler kostenneutral umgebaut, so dass mietfrei neue Räumlichkeiten im Zentrum des Weserparks dafür eingerichtet werden konnten.
3. Der Mitarbeiter der Polizei im Weserpark ist als Kontaktbereichspolizist nicht nur für den eigentlichen Weserpark, sondern auch für die benachbarten Gewerbegrundstücke und z. B. auch für die Flüchtlingsunterkunft in der Walter-Geerdes-Straße zuständig. Überdies hat der Investor der Möbel Krieger/Höffner-Gruppe vor wenigen Wochen angekündigt, in unmittelbarer Nähe des Weserparks das neue Möbelhaus Krieger/Höffner bis 2019/2020 bauen zu wollen, wodurch eine weitere Investitionssumme von 80 Millionen Euro dort realisiert wird und ein zusätzlicher Besucheransturm zu erwarten ist.
4. Bereits vor Jahren wurde durch Zahlen belegt, dass bei einer Schließung der Außenstelle im Weserpark aufgrund der großen Anzahl von Straftaten erheblich längere Fahrzeiten vom Revier über die Osterholzer Heerstraße dorthin zu verzeichnen wären, insbesondere zu den Verkehrsstoßzeiten wie am gesamten Freitag, aber auch tagtäglich vor allem zwischen 13 und 17 Uhr, was u. E. unnötigerweise Personal bindet.
5. Zwar gibt es im Bremer Stadtgebiet keine weitere Polizeiaußenstelle in einem Einkaufszentrum, jedoch existiert in Bremerhaven in unmittelbarer Nähe des Karstadt-Kaufhauses bereits seit vielen Jahren eine Polizeiaußenstelle des Reviers in Bremerhaven.
6. Nicht zuletzt wurden aufgrund der gestiegenen Sicherheitsanforderungen im Zusammenhang mit terroristischen Anschlägen in den vergangenen zwei Jahren verstärkt auch von der Polizei Maßnahmen in großen Einkaufszentren veranlasst. Dies würde nicht gemacht, wenn dort nicht eine höhere Gefahrenlage prognostiziert worden wäre. Nicht zuletzt hat bei dem gemeinsamen Workshop Anfang März 2017 im Polizeipräsidium die Polizei Bremen gemeinsam mit der Bundeswehr Szenarien auch in Einkaufszentren simuliert.

Wenn daher die Polizeileitung solche Szenarien probt, wäre es gar nicht sinnvoll, noch den letzten verbliebenen Polizeibeamten aus einem riesigen Einkaufszentrum abzu ziehen.

DER SENATOR FÜR INNERES	
Eingang	210317
Vorgangsnummer	<input checked="" type="checkbox"/> 60127
Kopie vorab per Mail	<input type="checkbox"/>
Frist	15.04.17
Festnahmenahme	<input type="checkbox"/>
Stellungnahme	<input type="checkbox"/>
Beantwortung vor	<input type="checkbox"/> Nach Abgang z.K.
Antwortentwurf SV	<input checked="" type="checkbox"/> S
Terminvorbereitung	<input type="checkbox"/>
	37

7. Gerade im letzten Jahr war im Weserpark ein „Scheinalarm“, wo verstärkt Polizeikräfte auf eine Gefahrenlage reagiert haben. Dort hat es sich gezeigt, dass die genaue Kenntnis des Polizeibeamten vor Ort eine schnelle Koordinierung der verschiedenen Polizeieinsatzkräfte vermitteln konnte, so dass während der Öffnungszeiten des Weserparks keine Panikreaktionen von Besuchern beobachtet werden konnten, sondern die Gefahrenlage professionell unter Zuhilfenahme der verschiedenen Einsatzgruppen der Polizei bewerkstelligt werden konnte.

Dies wurde ausdrücklich bei einer anschließend stattfindenden Konferenz aller Einsatzgruppen unter Beteiligung des Reviers Osterholz und des Ortsamtes so bestätigt.

8. Es besteht daher kein Grund, bei der Sicherheitssituation des Weserparks und der vielen Kunden des Weserparks Abstriche zu machen. Die Sicherheit der Bevölkerung, egal ob auf öffentlichen Plätzen oder in privaten Einkaufszentren, hat Priorität für den Beirat sowie für das Ortsamt Osterholz. (Bundespolizisten arbeiten auch auf Bahnhöfen der privatisierten Bahn AG. Deshalb sehen wir eine vergleichbare Situation in privaten Einkaufszentren)

Bremen, 20. März 2017

gez. Massmann
(SPD-Fraktion)

gez. Hohn
(CDU-Fraktion)

gez. Dillmann
(GRÜNE-Fraktion)

gez. Last
(LINKE-Fraktion)

gez. Schlüter
(Leiter Ortsamt Osterholz)